

## Zehn Hauptprojekte

Zehn gesellschaftliche Hauptprojekte haben Bodo Ramelow und Knut Korschewsky in ihrer Erfurter Wortmeldung zum Bundesparteitag formuliert:

1. Ein einklagbares und durchsetzbares Recht auf Arbeit – auch als Antwort auf die asoziale Logik der Hartz-Gesetze.

2. Ein flächendeckender, einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn, der ohne Unterscheidung nach Geschlecht oder nach West und Ost auszugestalten ist.

3. Ein armutsfestes und generationengerechtes Sozialversicherungssystem, darunter eine Rentenversicherung, die sämtliche Erwerbsquellen integriert.

4. Die Umstellung der konkurrierenden Krankenkassen sowie die Einbeziehung des Pflegebereiches in ein einheitliches Versicherungssystem, das als moderne Bürgerversicherung aufgebaut ist.

5. Längeres gemeinsames Lernen bis zur Klasse 10 unter Einbeziehung eines Hortangebotes sowie einer vorschulischen Betreuung, bei der pädagogische Konzepte schon im Kindergarten ansetzen.

6. Das Studium an Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien muss gebührenfrei sein.

7. Gemeinden und Städte müssen in ihrer kommunalen Autonomie gestärkt werden und auskömmlich finanziert sein.

8. Atomausstieg „regional, dezentral und regenerativ“.

9. Künstliche Trennung zwischen ambulant und stationär im Gesundheitsbereich muss nachhaltig überwunden werden.

10. Ein einheitliches Arbeitsrecht, das für jeden anwendbar und durchschaubar ausgestaltet wird.

Ausführlich unter:

<http://www.die-linke-thl.de/nc/politik/aktuell/post/2011/10/20/erfurter-wortmeldung/>

# Thüringer Städte und Gemeinden an der Grenze der Belastbarkeit

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag unterstützt die Proteste der Kommunen gegen ihre völlig unzureichende Finanzausstattung durch das Land. Mit „Kommunen-in-Not-Care-Paketen“ waren Abgeordnete und Mitar-

mehr Aufgaben ab.

Die Einwohnerinnen und Einwohner bekommen diese Entwicklung durch immer höhere Steuern und Abgaben, verkürzte Öffnungszeiten kommunaler Einrichtungen und durch das Streichen ge-



beiter am 8. November, den die Thüringer Städte und Gemeinden zu einem Protesttag mit der Schließung zahlreicher öffentlicher Einrichtungen ausgerufen hatten, vor Ort. In den Päckchen fanden die Bürgermeister und Kommunalpolitiker eine Nadel mit rotem Faden „zum Stopfen von Haushaltslöchern“, ein Teelicht „zur Straßen-Notbeleuchtung“, Pflaster als „Erste Hilfe bei Schlaglöchern“, einen Aufkleber für ihre Rath austüren „Wegen Finanznot geschlossen!“ und einen LINKE-Kuli „gegen den Rotstift der Landesregierung“.

Die Thüringer Gemeinden und Städte haben die Grenze der Belastbarkeit erreicht. Seit Jahren streicht das Land die Zuweisungen an die Kommunen und verlangt ihnen gleichzeitig immer

wohnter Leistungen zu spüren. Auch der zunehmende Verzicht auf Investitionen in den Erhalt von Straßen, Parkanlagen und Gebäuden wirkt sich negativ auf die Lebensqualität aus.

Zu Recht sagen deshalb die Gemeinden und Städte, dass eine weitere Kürzung der Mittel für die Kommunen nicht zu verkraften ist. Jeder weitere Euro, der künftig nicht mehr die Gemeinden und Städte erreicht, wird die Situation noch zusätzlich verschärfen. Die Linksfraktion hat den Plänen der Landesregierung eigene Vorschläge gegenübergestellt. Würden sie umgesetzt, könnten die Kommunen im Jahr 2012 über mehr als 200 Millionen Euro zusätzlich verfügen, ohne dass neue Schulden aufgenommen werden müssten.

„Mit den von der Ministerpräsidentin in Aussicht gestellten zusätzlichen Zuweisungen an die Kommunen von rund 30 Millionen Euro sollen die Gemeinden und Städte vom Kuchen nur das Stück erhalten, das beim Verteilen übrig geblieben ist“, so kommentierte der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE, Frank Kuschel, neueste Ankündigungen von Christine Lieberknecht. Der Landespolitiker sieht darin ein „durchsichtiges Manöver, den Unmut der Kommunalpolitiker in den eigenen Reihen zu befrieden“.

Der Kommunalexperte forderte die Landesregierung auf, den Kommunalen Finanzausgleich nicht nach Kassenlage festzulegen, sondern die Vorgaben des Landesverfassungsgerichtes umzusetzen. Danach müssen die Kommunen die Mittel erhalten, die sie für die Erfüllung der Aufgaben benötigen. DIE LINKE teilt dabei die Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände, wonach rund 250 Millionen Euro im Kommunalen Finanzausgleich 2012 fehlen. Jeder Versuch, die Kommunen mit Jahresplänen oder in Aussicht gestellten Beteiligungen an prognostizierten Mehreinnahmen finanziell ruhig zu stellen, ist eine Missachtung des Verfassungsgerichtes.

Die Linksfraktion verlangt im Zusammenhang mit einer Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs, dass den Kommunen zusätzliche Mittel für so genannte freiwillige Leitungen zur Verfügung gestellt werden müssen. Andernfalls würden die Kommunen zu „Aufgabenerfüllern des Landes“ degradiert, ohne eigene Akzente in der Daseinsvorsorge setzen zu können. Durch eine Funktional- und Gebietsreform könnten die Kommunen weitere Potentiale erschließen und sich auch ein großes Stück unabhängiger vom Land machen.

## Keine nachträglichen Lasten für Datschenbesitzer

„Wegen einer Unklarheit bei der Überführung des DDR-Rechts besteht die Gefahr, dass Datschenbesitzer in den neuen Ländern wegen einem Quadratmeter mehr doppelt GEZ-Gebühren zahlen müssen – für Rundfunkgeräte zu Hause und zusätzlich für das in der Datsche“, warnte der LINKE Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow. In den ostdeutschen Ländern seien rund 500.000 Grundstückseigentümer von einer solchen Regelungslücke betroffen.

In Thüringen fielen etwa 50.000 Grundstücke durch das Gesetzesloch. Nach Einschätzung des Landespolitikers wäre ein Protokollzusatz oder eine Klarstellung zum Rundfunkgebühren-Staatsvertrag ausreichend, um die ostdeutschen und westdeutschen Wochenendgrundstücke gleichzustellen. Es müsse erreicht werden, dass keine nachträglichen Lasten auf die Datscheneigentümer abgewälzt werden.

<http://www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/>

## Behindertenrechtskonvention umsetzen

Dass trotz zurückgehender Arbeitslosigkeit immer mehr Menschen mit Behinderungen arbeitslos sind, hat die behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Karola Stange, scharf kritisiert. „Die Umsetzung der UN-Konvention in Form des Aktionsplans muss auch sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen von Arbeitgebern nicht mehr als ‚naheliegendes Personalabbau-potential‘ betrachtet werden oder wegen verbreiteter Vorurteile erst gar nicht ein-

gestellt werden“, reagierte sie auf eine Mitteilung der Arbeitsagentur. Sie forderte, dass das Land Thüringen Gelder aus dem Ausgleichsfonds der Schwerbehindertenabgabe für Arbeitsförderungsprogramme verwenden muss und betonte: „Sehr viele behinderte Menschen sind sehr qualifiziert ausgebildet, sehr motiviert und leistungsbereit und auch sehr leistungsfähig. Die Einstellungsbarrieren liegen vor allem in den Köpfen der Arbeitgeber“